

Rechtsterrorismus konsequent bekämpfen

Im Kampf gegen den gewaltbereiten Rechtsextremismus hat die CDU-geführte Bundesregierung in dieser Woche die Bund-Länder-Kommission „Rechtsterrorismus“ eingesetzt. Die schrecklichen Gewaltverbrechen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zeigen deutlich, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus eine Daueraufgabe von hoher Bedeutung ist.

- Grundlage der Arbeit der Kommission werden die Ergebnisse der aktuellen Ermittlungen des Generalbundesanwaltes sein. Dazu kommen die sonstigen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie Expertenwissen. Berücksichtigt werden auch die Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag und im Thüringer Landtag.
- Die CDU hält es für erforderlich, zur Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus alle notwendigen und rechtlich zulässigen Informationen von Polizei und Verfassungsschutz frühzeitig zusammenzuführen. Dazu muss eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Länder mit den Bundesbehörden erreicht werden. Ziel der Expertenkommission ist es daher, weitere konkrete Schritte für eine verbesserte Sicherheitsarchitektur vorzuschlagen.
- Bereits im Dezember 2011 hat das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus in Köln und Meckenheim seine Arbeit aufgenommen. Auch wurde bereits damit begonnen, eine gemeinsame zentrale Rechtsextremismus-Datei aufzubauen.

**Die CDU tritt jeder Form von Extremismus, von Gewalt und Terror entschieden entgegen.
Die CDU fordert alle demokratischen Parteien auf, diesen Kampf gemeinsam zu führen.**

Die Mitte.

CDU